

Stadt Heidelberg

Drucksache:
0184/2014/IV

Datum:
12.11.2014

Federführung:
Dezernat IV, Amt für Chancengleichheit

Beteiligung:
Dezernat I, Personal und Organisationsamt

Betreff:

**Siebter Bericht zur Umsetzung der
Dienstvereinbarung der Stadtverwaltung Heidelberg
zur Förderung der Gleichstellung von Frauen und
Männern**

Informationsvorlage

Beschlusslauf

Die Beratungsergebnisse der einzelnen Gremien beginnen ab der Seite 2.2 ff.
Letzte Aktualisierung: 05. Dezember 2014

Beratungsfolge:

Gremium:	Sitzungstermin:	Behandlung:	Kenntnis genommen:	Handzeichen:
Ausschuss für Soziales und Chancengleichheit	25.11.2014	Ö	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ohne	
Haupt- und Finanzausschuss	03.12.2014	Ö	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ohne	

Zusammenfassung der Information:

- *Der Ausschuss für Soziales und Chancengleichheit sowie der Haupt- und Finanzausschuss nehmen den siebten Bericht zur Umsetzung der Dienstvereinbarung der Stadtverwaltung Heidelberg zur Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern zur Kenntnis.*

Finanzielle Auswirkungen:

Bezeichnung:	Betrag:
Ausgaben / Gesamtkosten:	
keine	
Einnahmen:	
keine	
Finanzierung:	
keine	

Zusammenfassung der Begründung:

Der vorliegende siebte Bericht zur Umsetzung der Gleichstellungsvereinbarung bietet einen strukturierten Rahmen, um den Stand der Entwicklung der Stadtverwaltung in Richtung einer attraktiven, geschlechtergerechten Arbeitgeberin zu bewerten, die sich an bundesweiten und internationalen Standards messen kann. Mit der so hergestellten Transparenz sollen entsprechende Veränderungen unterstützt werden.

Sitzung des Ausschusses für Soziales und Chancengleichheit vom 25.11.2014

Ergebnis: Kenntnis genommen

Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 03.12.2014

Ergebnis: Kenntnis genommen

Begründung:

Der vorliegende siebte Bericht (siehe Anlage) zur Umsetzung der Gleichstellungsvereinbarung (Dienstvereinbarung zur Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern bei der Stadtverwaltung Heidelberg) ist Bestandteil der Europäischen Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene. Beide Vereinbarungen bieten einen strukturierten Rahmen, um den Stand der Entwicklung der Stadtverwaltung in Richtung einer attraktiven, geschlechtergerechten Arbeitgeberin zu bewerten, die sich an bundesweiten und internationalen Standards messen kann. Mit der so hergestellten Transparenz sollen entsprechende Veränderungen unterstützt werden.

Die Ergebnisse der Analyse der statistischen Daten werden entlang der in der EU-Charta vorgegebenen Handlungsbereiche vorgestellt:

- Entscheidungsprozesse und die Stadtverwaltung
- Teilhabe am Erwerbsleben
- Geschlechterstereotypen
- Gewalt im Geschlechterverhältnis.

Die Dienstvereinbarung der Stadtverwaltung Heidelberg zur Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern vom 1. Juli 1995 wurde zuletzt am 19. Februar 2004 fortgeschrieben. Die im sechsten Bericht angekündigte Erarbeitung einer Aktualisierung wurde wegen der vorgesehenen Novellierung des baden-württembergischen Chancengleichheitsgesetzes bislang zurückgestellt.

Prüfung der Nachhaltigkeit der Maßnahme in Bezug auf die Ziele des Stadtentwicklungsplanes / der Lokalen Agenda Heidelberg

1. Betroffene Ziele des Stadtentwicklungsplanes

Nummer/n: (Codierung)	+ / - berührt:	Ziel/e:
QU 4	+	Ziel/e: Gleichstellung von Frauen und Männern Begründung: Der siebte Bericht über die Umsetzung der Gleichstellungsvereinbarung gibt Auskunft über den Stand der Stadtverwaltung auf dem Weg zu einer attraktiven, geschlechtergerechten Arbeitgeberin, die sich an bundesweiten und internationalen Standards messen kann.
AB 10	+	Ziel/e: Position der Frauen auf dem Arbeitsmarkt stärken Begründung: Die regelmäßigen Datenerhebungen des Personal- und Organisationsamtes und des Amtes für Chancengleichheit belegen einen langsam steigenden Anteil von Frauen in Führungspositionen sowie im höheren Dienst, geben aber auch Hinweise auf ein Fortbestehen von Geschlechterstereotypen, so etwa bei der ungleichen Verteilung von Voll- und Teilzeit.
DW 1	+	Ziel/e: Familienfreundlichkeit fördern Begründung: Durch die Bereitstellung geeigneter Informationen und die Einführung von Sensibilisierungsmaßnahmen für Beschäftigte und Personalverantwortliche sollen Väter in die Lage versetzt werden, die bereits vorhandenen Vereinbarkeitsmaßnahmen (zum Beispiel Elternzeit, Teilzeit, Home Office et cetera) noch intensiver in Anspruch zu nehmen.

2. Kritische Abwägung / Erläuterungen zu Zielkonflikten: Keine

gezeichnet
Wolfgang Erichson

Anlagen zur Drucksache:

Nummer:	Bezeichnung
01	Siebter Bericht zur Umsetzung der Dienstvereinbarung der Stadtverwaltung Heidelberg zur Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern
	(Vertraulich – Nur zur Beratung in den Gremien!)